

DISSENSLISTE ÄA WAHLPROGRAMM FÜR LPT 27. MAI 2016 (STAND: 26.05.)

Nr.	Änderungsantrag	AntragstellerIn	Empfehlung der Antragskommission
12.	<p>Seite 19, Zeile 3 (Fassung vom 08.02.) Seite 15, Zeile 27 f. (Fassung vom 09.05.) <i>(Leiharbeit, Werkverträge, befristete Arbeitsverträge und Minijobs sollen in Unternehmen die Ausnahme sein, denn sie führen oftmals zu prekärer Arbeit.)</i></p> <p><i>Streiche:</i> sollen in Unternehmen die Ausnahme sein</p> <p><i>Füge stattdessen ein:</i> sollte es nicht geben</p> <p><i>Alternativvorschlag vom Antragsteller:</i> Werkverträge und befristete Arbeitsverträge sollen die Ausnahme sein. Leiharbeit und Minijobs sollte es nicht geben.</p>	KDV Mitte	<p>Ablehnung</p> <p>Ablehnung</p>
232.	<p>Seite 21, Zeile 27 (Fassung vom 09.05.) <i>Füge ein:</i> Sollte sich die Ausbildungsquote bundesweit nicht verbessern, werden wir eine landeseigene Berliner Regelung prüfen, um nichtausbildende Betriebe an den Gesamtaufwendungen zur Ausbildung zu beteiligen.</p>	Jusos	<p>Ablehnung</p>
58.	<p>Seite 49, Zeile 18 (Fassung vom 08.02.) <i>Füge ein:</i> Regionalbahnhof Köpenick Der Südosten benötigt auf der Strecke Berlin - Frankfurt/Oder einen Umsteigebahnhof. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bahnhof Köpenick Regionalbahnhof wird.</p>	KDV Treptow-Köpenick	<p>Ablehnung</p>

DISSENSLISTE ÄA WAHLPROGRAMM FÜR LPT 27. MAI 2016 (STAND: 26.05.)

134.	<p>Seite 70, Zeile 3 (Fassung vom 08.02.) <i>Füge nach „den bundesweit weiterhin einmaligen studentischen Tarifvertrag begrüßt die SPD Berlin als wichtige Säule guter Arbeit an den Hochschulen“ ein:</i> und wird sich daher für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Tarifvertrages der studentischen Beschäftigten im Land Berlin einsetzen.</p>	KDV Mitte	<p>Annahme in geänderter Fassung: Seite 66, 18 ff. (Fassung vom 09.05.) Gleichzeitig setzen wir uns für eine weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten ein.</p>
137.	<p>Seite 71, Zeile 15 (Fassung vom 08.02.) <i>Füge ein:</i> Wir wollen eine Quote bei der Besetzung von ProfessorInnenstellen.</p>	KDV Mitte	<p>Ablehnung <i>Anmerkung: auf Seite 67, Zeile 23, (Fassung vom 09.05.) steht dazu:</i> <i>Die gleiche Repräsentation der Geschlechter auf allen Ebenen der Hochschulen soll dementsprechend weiter ausgebaut werden. Frauen sind in vielen Wissenschaftsbereichen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Wir richten künftig unsere Nachwuchsförderung nach Gleichstellungsaspekten aus.</i></p>
157.	<p><i>Füge ein:</i> Seite 98, Zeile 24 (Fassung vom 08.02.): Die Aufnahme der Geflüchteten in den letzten Monaten wäre ohne das ehrenamtliche Engagement vieler tausend HelferInnen aus unserer Stadt nicht möglich gewesen. Sie leisten einen unersetzlichen Beitrag, um die Geflüchteten willkommen zu heißen und zu versorgen. Wir werden die Erfahrungen der ehrenamtlichen Initiativen nutzen und deren Langfristigkeit zu sichern, damit die Unterstützung weg von Nothilfe hin zur nachhaltigen Integration geht. Hierzu gehören hauptamtliche Unterstützung der Ehrenamtlichen und Raumangebote für Initiativen. Die SPD Berlin wird die Einrichtung einer zentralen Kleiderkammer analog des Hamburger Modells prüfen, um Platzangebot für Großspenden und Unterstellmöglichkeiten für zum Beispiel saisonal bedingt nicht benötigte Spenden anbieten zu können. Zudem werden wir ein Weiterbildungsangebot zu interkulturellen</p>	KV Friedrichshain-Kreuzberg	<p>Annahme in geänderter Fassung: Die Aufnahme der Geflüchteten in den letzten Monaten wäre ohne das ehrenamtliche Engagement vieler tausend HelferInnen aus unserer Stadt nicht möglich gewesen. <i>Der Antragsteller möchte auf Seite 98, Zeile 24 (Fassung vom 09.05.) noch die folgende Passage ergänzt haben:</i> Wir werden die Erfahrungen der ehrenamtlichen Initiativen nutzen und deren Langfristigkeit sichern. Dazu gehören Räumlichkeiten für Spendenannahme, eine zentrale Kleiderkammer sowie Angebote zur Weiterbildung zur interkulturellen Kompetenz und Supervision für Ehrenamtliche.</p>

DISSENSLISTE ÄA WAHLPROGRAMM FÜR LPT 27. MAI 2016 (STAND: 26.05.)

	Kompetenzen und Angebote einer Supervision für Ehrenamtliche schaffen.		
165.	<p>Seite 83, Zeile 5 (<i>Fassung vom 08.02.</i>) Seite 78, Zeile 14 (<i>Fassung vom 09.05.</i>) <i>Streiche</i>: unserem Wertesystem</p> <p><i>Streichung bezieht sich auf den Satz: Wir fordern den uneingeschränkten Respekt vor unserem Wertesystem, unserer Verfassung und der Würde jedes Menschen ein.</i></p>	Jusos	Ablehnung
195.	<p>Seite 90, Zeile 14 (<i>Fassung vom 08.02.</i>) <i>Füge ein</i>:</p> <p>Wir lehnen die Vorratsdatenspeicherung ab. Auch polizeiliche Maßnahmen wie die Funkzellenabfrage oder ein Staatstrojaner müssen auf Verhältnismäßigkeit geprüft und parlamentarisch kontrolliert werden.</p>	Forum Netzpolitik	Ablehnung
196.	<p>Seite 92, Zeile 5 (<i>Fassung vom 08.02.</i>) <i>Füge ein</i>:</p> <p>Für viele Menschen, die nicht nach klassischen Arbeitszeiten von neun bis siebzehn Uhr arbeiten, gestaltet sich die Kinderbetreuung schwierig. Das betrifft vor allem die Berlinerinnen und Berliner, die im Schichtbetrieb arbeiten, aber auch viele Alleinerziehende. Wir setzen uns dafür ein, die Vereinbarkeit von Familie, Job, Haushalt und Freizeit zu verbessern.</p> <p>Eine Möglichkeit die Kinderbetreuung flexibler zu gestalten, sind Kitas, die rund um die Uhr geöffnet haben. Dieses Angebot</p>	ASF	<p>erledigt auf Seite 53, Zeile 21 ff. (<i>Fassung vom 09.05.</i>) steht dazu: <i>Viele Kitas bieten Früh – und Spätöffnungszeiten an, ebenso können mit dem Angebot der ergänzenden Kindertagespflege arbeitszeitbedingte Betreuungserfordernisse flexibel abgedeckt werden. Aber wir wollen noch mehr: Deshalb werden wir das Modellprojekt „familiennahe Betreuung“ im elterlichen Haushalt außerhalb von Kitaöffnungszeiten bei entsprechendem Bedarf einführen und die Wirtschaft als Partner einbinden.</i></p> <p>Ablehnung</p>

DISSENSLISTE ÄA WAHLPROGRAMM FÜR LPT 27. MAI 2016 (STAND: 26.05.)

	wollen wir mindestens an einem Standort pro Bezirk bereitstellen.		
197.	ASF Seite 92, Zeile 11 (Fassung vom 08.02.) <i>Füge ein nach „vernetzen“: Bestehende Ungleichheiten der Bezahlung zwischen technischen und sozialen Berufen sollen weiter abgebaut werden. Zur Evaluierung sind die derzeit testweise durchgeführten Entgeltgleichheit-Checkverfahren und andere geeignete Methoden verstärkt einzusetzen.</i>	ASF	erledigt <i>auf Seite 85, ab Zeile 3 ff. (Fassung vom 09.05.)</i> steht bereits: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit muss in der Berliner Verwaltung und bei landeseigenen Unternehmen selbstverständlich sein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Entgeltgleichheits-Check in den Verwaltungen, landeseigenen Betrieben aber auch der Privatwirtschaft angewandt wird. Liegt eine Lohndiskriminierung vor, müssen Tarife und Stellenbewertungen angepasst werden. Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen bezieht sich auch auf die Privatwirtschaft.